

GASTKOMMENTAR

Mehr Autonomie

► JON DOMENIC PAROLINI

In der Zeit der Coronapandemie und jüngst mit Ausbruch des Ukrainekriegs wurde uns anschaulich vor Augen geführt, wie anfällig unsere Wirtschaft und unsere Versorgung in Krisensituationen sind. Bestimmte Güter wie Grundstoffe zur Herstellung von Antibiotika oder Mikrochips für Elektronikanwendungen werden nur noch in wenigen Ländern von einzelnen grossen Herstellern produziert. Wenn bei solchen konzentrierten Produktionen Krisensituationen eintreten, so kommt es sehr rasch zu Störungen in der Versorgung mit den entsprechenden Gütern. Einer derart weitgehenden globalen Arbeitsteilung mangelt es nicht nur an Resistenz in Krisen, sondern auch an Konkurrenz und Wettbewerb. Und diese sind bekanntlich für den Fortschritt essenziell. Zudem führt die globale Arbeitsteilung dazu, dass einheimisches Wissen verloren geht. Zu spüren bekommen wir die weltweiten Abhängigkeiten auch bei der Energieversorgung: Wer in diesen Tagen sein Auto betanken oder den Heizöltank nachfüllen muss, reibt sich die Augen ob der massiven Preiserhöhungen. Diese stellen die für uns bisher direkt vielleicht am stärksten spürbare Folge des Kriegs in der Ukraine dar. Vor allem für die peripher wohnende Bevölkerung, die auf den Individualverkehr angewiesen ist, sind diese Preisaufschläge einschneidend. Das Leid, dass die direkt betroffene Bevölkerung im Krieg in der Ukraine erleben muss, ist natürlich nicht damit vergleichbar. Wollen wir hoffen, dass dieser Kriegs-Alptraum rasch zu Ende gehen möge! Aus der Politik werden Stimmen laut, welche fordern, dass mit Tankrabatten und ähnlichen Sofortmassnahmen die wirtschaftlichen Folgen der höheren Energiepreise gemildert werden müssen. Man kann sicher darüber diskutieren, ob Sofortmassnahmen angezeigt sind, welche die von den gestiegenen Energiepreisen besonders betroffenen Branchen stützen sollen. Die massiv gestiegenen Energiepreise zeigen aber deutlich, wie stark wir bei unserer Energieversorgung vom Verhalten einzelner Diktatoren in dieser Welt abhängig sind. Und dass dies so bleiben wird, wenn wir für das Heizen, für die Mobilität und für Industrieprozesse auf fossile Energieträger setzen.

Wenn wir aus den Krisen etwas lernen wollen, sind wir gut beraten, in gewissen Bereichen auf Autonomie zu setzen. Zumindest bei unverzichtbaren Gütern sollten wir nicht in die Abhängigkeit von einzelnen oder wenigen Lieferanten oder Lieferländern geraten. Die Energieversorgung gehört zu diesen unverzichtbaren Dingen. Und wir Bündnerinnen und Bündner sind langfristig in der Lage, dort eine Autonomie zu erreichen, weil wir glücklicherweise über verschiedene erneuerbare Energiequellen verfügen – Wasserkraft, Sonne, Holz und Wind. 200 Millionen Franken pro Jahr fließen aus der Bündner Volkswirtschaft an ausländische Konzerne und Ölförderländer ab. Deswegen ist für mich klar: Wir müssen mit hoher Priorität die zweite Etappe des vom Grossen Rat überwiesenen Auftrags «Green Deal für Graubünden – Klimaschutz als Chance nutzen» weiter vorantreiben. Der mit diesem Auftrag verbundene Aktionsplan will nämlich, dass wir uns von den fossilen Energieträgern und den damit verbundenen CO₂-Emissionen möglichst rasch abwenden – und damit zur Einhaltung der Klimaziele des Pariser Klimaabkommens beitragen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass wir als Menschheit die Chance zur Beschränkung des Klimawandels verfehlen, aber selbst dann wäre dieser Aktionsplan genau der richtige Weg zu mehr Autonomie und somit Versorgungssicherheit im Energie- und damit im Wirtschaftsbereich. Der Aktionsplan mag viele Umstellungen und auch Unsicherheiten mit sich bringen. Aber wichtiger sind die grossen Chancen. Der Plan soll nicht auf Verbote oder Gebote setzen, sondern auf Anreize. Er ist ein Impulsprogramm für die einheimische Wirtschaft, das einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten kann. Ich freue mich darauf, die Ausgestaltung dieses Plans weiter begleiten zu dürfen und danke allen für ihre Beiträge zum Klimaschutz.



DR. JON DOMENIC PAROLINI, *Regierungsrat, ist Vorsteher des Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartements.*